Niederschrift

über die 34. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 04.07.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Beschluss über den Gleichstellungsplan der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1305/2018
3. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW; Ablehnung des Ausbaus der Straße "Hinter den Höfen"
Vorlage: 1246/2018
4. Zuleitung des Jahresabschlusses 2017 an den Rat und Weiterleitung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: 1249/2018
5. Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 1303/2018
6. Bekanntgabe von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 1304/2018
7. Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Fahrbahn der Erschließungsanlage "Kogenbroich von der Einmündung der L 42 bis zum Ortsausgang Richtung Müllendorf"
Vorlage: 1269/2018
8. Parkzeitregelung im Parkhaus hinter dem Rathaus
Vorlage: 1271/2018
9. 73. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen: Fläche im Bereich nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße/L 364 und westlich des Limitenweges: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof - Verabschiedung des Entwurfs der 73. Flächennutzungsplanänderung zur erneuten Offenlage gemäß § 4 a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 1264/2018
10. Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bürgerliste Geilenkirchen und Für Geilenkirchen zur Erarbeitung eines Konzeptes "naturnahe und nachhaltige Stadtentwicklung als Erfolgskonzept", Natur- und Kultur-Erlebnispfad Geilenkirchen
Vorlage: 1290/2018

- 11 . Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 42 der Stadt Geilenkirchen (Gewerbegebiet Fürthenrode) hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenzen und der teilweisen Bebauung einer als Parkplatz festgesetzten Fläche
Vorlage: 1270/2018
- 12 . Beratung und Verabschiedung einer Stellungnahme zur Änderung des Landesentwicklungsplans
Vorlage: 1261/2018
- 13 . Kanal- und Straßenbaumaßnahmen im westlichen Teil der Fliegerhorstsiedlung, Bericht über die Einwohnerversammlung am 06.06.2018
Vorlage: 1297/2018
- 14 . Antrag der Fraktion Bürgerliste
"Tripsier Wäldchen"
- 15 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 . Fragestunde für Einwohner

II. Nichtöffentlicher Teil

- 17 . Grundstücksangelegenheiten
- 17.1 . Verkauf des Eckhauses Bauchemer Gracht 43 und Flurstraße 1
Vorlage: 1259/2018
- 17.2 . Verkauf von Waldstücken in Geilenkirchen-Hochheid
Vorlage: 1260/2018
- 17.3 . Veräußerung des ehem. Spielplatzgrundstückes an der Graf Goltstein Straße
Vorlage: 1263/2018
- 17.4 . Verkauf einer Grundstücksteilfläche an Gut Tichelen
Vorlage: 1266/2018
- 17.5 . Verkauf eines städtischen Grundstückes im Bereich Geilenkirchen Bauchem, Walloniestraße
Vorlage: 1285/2018
- 17.6 . Gewerbeflächenveräußerung im Gewerbegebiet Niederheid
Vorlage: 1287/2018
- 17.7 . Löschung einer Rückauflassungsvormerkung
Vorlage: 1278/2018
- 18 . Auftragsvergaben
- 18.1 . Vergabe des Auftrages zur Pflege der öffentlichen Grünflächen 2018
Vorlage: 1306/2018

- 18.2 . Beratung und Beschlussvorschlag über den Austausch von weiteren 61 konventionellen Straßenleuchten durch LED-Leuchten / energetische Sanierung (II. BA. 2018, Phase VI)
Vorlage: 1255/2018
- 18.3 . Vergabe des Auftrages über die Sanierung der Blitzschutzanlage in der städtischen Realschule
Vorlage: 1272/2018
- 18.4 . Auftragsvergabe von Ingenieurleistungen für die Erstellung eines kommunalen Wirtschaftswegekonzepthes der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1273/2018
- 18.5 . Vergabe der Ingenieurleistungen zur Planung und Bauleitung für die Kanal- und Straßenerneuerung der Maarstraße im Stadtteil Lindern
Vorlage: 1275/2018
- 19 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden ab TOP 17 abwesend
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads
8. Frau Jennifer Diederichs
9. Herr Helmut Gerads
10. Herr Johann Graf
11. Herr Christoph Grundmann
12. Frau Theresia Hensen
13. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
14. Frau Karin Hoffmann
15. Herr Rainer Jansen
16. Frau Gabriele Kals-Deußen
17. Herr Michael Kappes
18. Herr Nils Kasper anwesend ab TOP 8
19. Herr Thomas Klein
20. Herr Wilfried Kleinen
21. Herr Heinz Kohlen
22. Herr Christian Kravanja
23. Herr Leonhard Kuhn
24. Herr Stefan Mesaros
25. Herr Manfred Mingers
26. Herr Willi Münchs

27. Herr Uwe Neudeck
28. Herr Hans-Josef Paulus
29. Herr Manfred Schumacher
30. Frau Barbara Slupik
31. Herr Lars Speuser
32. Herr Raimund Tartler
33. Frau Ruth Thelen
34. Herr Michael van Dillen
35. Herr Harald Volles
36. Frau Kirsten vom Scheidt
37. Herr Max Weiler
38. Herr Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

39. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
40. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
41. Herr Peter Klee
42. Herr Daniel Goertz
43. Frau Monika Savelsberg

Protokollführerin

44. Frau Tina Beckers-Offermanns

Es fehlte

45. Herr Ernst Michael Thielemann

Bürgermeister Schmitz eröffnete um 18:00 Uhr die 34. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und auch die Pressevertreter herzlich willkommen. Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Er wies darauf hin, dass die Stadtverordneten Kasper und Brandt etwas verspätet eintreffen würden und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Einwendungen gegen die Niederschrift der 33. Sitzung des Rates seien nicht erhoben worden. Frau Hensen zeigte ihre Befangenheit zu Tagesordnungspunkt 3 an.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass ihn heute ein Antrag der Fraktion Bürgerliste auf Erweiterung der Tagesordnung der heutigen Sitzung erreicht habe. Der Antrag liege als Tischvorlage aus; der Fraktionsvorsitzende habe ihn im Übrigen auch vorab per Mail an die Fraktionsvorsitzenden übersandt. Er schlug vor, den Antrag als neuen TOP 14 zu behandeln und bat um Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich die Erweiterung der Tagesordnung und Aufnahme des Punktes unter TOP 14.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) Bürgermeister Schmitz informierte darüber, dass die Fördermittel zum Ausbau der Brüllschen Straße in Prummern bewilligt worden seien. Mit Verfügung vom 30.05.2018 habe die Bezirksregierung in Köln den Bescheid über die Gewährung von Fördermitteln zum Restausbau der Brüllschen Straße in Prummern aus dem Programm zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kreisen und Gemeinden nach den Förderrichtlinien Kommunalen Straßenbau übersandt. Danach bewillige das Land auf der Grundlage von zuwendungsfähigen Kosten von 320.500 € einen Förderbetrag in Höhe von 208.300 € für den Zeitraum vom 30.05.2017 – 31.12.2020. Dies entspreche einer Förderquote von ca. 65 %.

b) Weiter informierte er darüber, dass die Stadt zum Ausbau der Kreuzung am Hünshovener Hof zu einem Kreisverkehrsplatz Fördermittel in Höhe von 196.200 € erhalten werde. Mit Verfügung vom 13.06.2018 habe die Bezirksregierung Köln den Bescheid über die Gewährung von Fördermitteln zum Ausbau der Kreuzung am Hünshovener Hof nach den Förderrichtlinien Kommunalen Straßenbau übersandt. Danach bewillige das Land auf der Grundlage von zuwendungsfähigen Kosten von 301.900 € einen Förderbetrag in Höhe von 196.200 € für den Zeitraum vom 13.06.2018 bis 31.12.2020. Dies entspreche einer Förderquote von ca. 65 %.

c) In der Zeit vom 16.07. bis zum 28.08.2018 würden weitere Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Umgehungsstraße B 56 vorgenommen. Es würden zwei Bauabschnitte eingerichtet. Ein erster Abschnitt werde im Bereich von der Abfahrt Teveren bis zur Abfahrt Gillrath liegen. Die Umleitung für den ersten Abschnitt erfolge über die L 42, Kreisverkehrsplatz Mausberg, Berliner Ring, Sittarder Straße. Der zweite Abschnitt werde von der Abfahrt Teveren bis Abfahrt Hommerschen liegen. Hier werde die Umleitung über den Kreisverkehrsplatz Hommerschen, Wurmtalstraße, Herzog-Wilhelm-Straße, Am Mausberg, Berliner Ring, Sittarder Straße eingerichtet. Die Lichtsignalanlage Am Mausberg/Theodor-Heuss-Ring/Herzog-Wilhelm-Straße werde aufgrund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens durch eine Baustellenampel ertüchtigt.

d) Das Programm Baumspenden für Geilenkirchen sei mittlerweile gestartet. Seit kurzem sei auf der Homepage der Stadt Geilenkirchen ein Hinweis über die Möglichkeit von Baumspenden freigeschaltet worden. Über das Bauverwaltungs- und Tiefbauamt werde die Baumspende organisiert und im November 2018 sollen die ersten Bäume gepflanzt werden.

TOP 2 **Beschluss über den Gleichstellungsplan der Stadt Geilenkirchen** **Vorlage: 1305/2018**

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass unter diesem Punkt der Gleichstellungsplan der Stadt verabschiedet werden solle. Er erkundigte sich, ob es Rückfragen gebe.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass er leider einige Fragen habe. Vor allem habe ihn ein Satz auf Seite 26 gestört. Dort heiße es, dass das zukünftige Ziel sei, Frauen in den Bereichen zu fördern, in denen sie unterrepräsentiert seien. Er frage sich, was bei der Stadt in den vergangenen zwanzig Jahren gemacht worden sei; seit 1999 sei das Landesgleichstellungsgesetz mit dem bisher unveränderten § 1 bereits in Kraft. Darüber hinaus sei der Bericht voller Konjunktive und Mutmaßungen. So fehle ihm für die Behauptung, der soziale Bereich sei vor allem bei Frauen noch sehr beliebt, der Beleg. Daneben gebe es im Plan keine Prognose für Männer obwohl von Gleichstellung gesprochen werde. Letztlich könne bei Menschen, die eine Ausbildung beginnen oder das Abitur abgelegt haben, nicht mehr von Mädchen gespro-

chen werden. Das seien seines Erachtens junge Frauen und keine Mädchen. Seiner Meinung nach sei der Bericht stark überarbeitungswürdig. Zu ergreifende Maßnahmen würden nicht konkret genug benannt und für ihn sei nicht ersichtlich, mit welchen Mitteln die Verwaltung die Arbeit bei der Stadt für Frauen attraktiver machen wolle. Sicherlich gebe es viele gute Ansätze in dem Bericht, doch eine Beschlussfassung sei aus Sicht seiner Fraktion heute nicht möglich. Er rate dringend dazu den Plan zu überarbeiten und im September erneut vorzustellen. Gerne stelle er hierfür auch seine Notizen zur Verfügung.

Stadtverordneter Klein erläuterte, dass er die Aussage von Herrn Grundmann aus einer anderen Perspektive ergänzen wolle. Er sehe bei Frauen in Führungspositionen eine signifikante Differenz zu Männern und zwar bereits seit mehreren Jahren, wenn anheimgestellt werde, dass eine Führungsposition meist mit einer A12er Besoldung in Verbindung stehe. Er frage sich, ob die Geeignetheit von Frauen für diese Tätigkeiten nicht vorhanden sei oder ob andere Gründe vorlägen. Dies sollte seines Erachtens im Auge behalten werden.

Stadtverordneter Speuser schlug vor, dass der Gleichstellungsplan zunächst im zuständigen Fachausschuss vorberaten werde. Auf diese Weise könnten alle Korrekturen bis zur Ratssitzung berücksichtigt werden.

Stadtverordnete Kals-Deußen warf ein, dass sie die Kritik an der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht gutheiße. Änderungswünsche und Fragen hätten mit Frau Savelsberg auch im direkten Gespräch geklärt werden können.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass der Beschluss aus seiner Sicht gerne zurückgestellt werden könne. Er erinnere jedoch daran, dass das Heft des Handelns bei der Gleichstellungsbeauftragten belassen werden sollte und auch nicht zu viel in den Gleichstellungsplan hineindiskutiert werden sollte. Eventuell seien Nachbesserungen zum Teil sinnvoll, doch insgesamt liege eine gute Arbeit vor. Die Anmerkung von Herrn Klein könne er nur unterstützen und betonen, dass seine Fraktion bereits seit Jahrzehnten eine Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen bei der Verwaltung feststelle.

Bürgermeister Schmitz erteilte der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt das Wort.

Frau Savelsberg bedankte sich und erklärte, dass der Gleichstellungsplan im Hinblick auf die Zukunftsperspektive und mögliche Maßnahmen mit Absicht nicht zu eng gefasst sei, um Handlungsspielräume offen zu lassen. Nur so sei Flexibilität im Personalwesen möglich. Im vorderen Teil, der durch eine Retrospektive auch die vergangenen Jahre beleuchte, sei aufgrund statistischer Auswertungen der Blick auf die Gesamtbeschäftigungssituation möglich. Gerade in Führungspositionen seien Frauen unterrepräsentiert. Eine Beseitigung dieses Zustands sei jedoch nur durch Zusammenarbeit der Verwaltungsspitze mit dem Personalrat und der Gleichstellung möglich. Unter Bezug auf die Äußerung des Stadtverordneten Grundmann machte Frau Savelsberg deutlich, dass das Landesgleichstellungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen explizit nur die Behebung struktureller Benachteiligungen für Frauen durch gezielte Maßnahmen regle. Außerdem merkte sie an, dass schon alleine die Anzahl weiblicher Bewerberinnen auf Stellen aus dem sozialen Bereich bzw. fehlende Bewerbungen von Männern die Aussage im Gleichstellungsplan unterstreiche.

Stadtverordneter Grundmann entgegnete, dass die genannten Beispiele von ihm nicht plakativ seien und er insgesamt eine Überarbeitung des Gleichstellungsplanes für sinnvoll erachte. So sollte bspw. konkret ein Ansatz benannt werden, wie die Stadtverwaltung für Frauen als Arbeitgeber attraktiver gemacht werden könne. Unabhängig von der Aussage von der Stadtverordneten Kals-Deußen und ohne der Gleichstellungsbeauftragten zu nahe zu treten, habe

er den Eindruck, dass der Erstellung des Gleichstellungsplanes eventuell eine höhere Bedeutung zukommen sollte als es bisher der Fall sei. Eventuell laufe hier intern etwas schief.

Frau Savelsberg hielt fest, dass sie davon ausgehe, dass sie ihre Arbeit nicht schlecht mache. Zudem könnten qualifizierte weibliche Mitarbeiterinnen nicht „aus dem Hut“ gezaubert werden; erst in den letzten Jahren sei vermehrt Potenzial vorhanden.

Stadtverordneter Benden meinte, dass die Diskussion nicht zielführend sei und er überzeugt sei, dass Frau Savelsberg gute Arbeit leiste. Der Gleichstellungsplan sollte in seiner Gesamtheit nicht schlecht geredet werden. Dieser Aussage stimmte Stadtverordneter Jansen zu.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über die Verschiebung des Punktes in den Haupt- und Finanzausschuss auf.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, dass der Tagesordnungspunkt zur näheren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verschoben wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

TOP 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW; Ablehnung des Ausbaus der Straße "Hinter den Höfen" Vorlage: 1246/2018

Stadtverordnete Hensen nahm aufgrund ihrer Befangenheit im Zuschauerbereich Platz.

Bürgermeister Schmitz erläuterte, dass es unter diesem Tagesordnungspunkt um Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW gehe. Angeregt werde die Ablehnung des Ausbaus der Straße „Hinter den Höfen“. Auf einem Beiblatt zur Vorlage sei der Beschluss des Ausschusses dokumentiert.

Stadtverordneter Weiler führte aus, dass er seine Worte aus dem Ausschuss gerne wiederholen würde. Die Aufnahme der Maßnahme in das Investitionsprogramm sei laut Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für 2021 vorgesehen. Die CDU Fraktion verstehe jedoch die Sorgen und Nöte der Anwohnerinnen und Anwohner, die nur zu einem geringen Teil eine endausgebauete Straße wünschen. Angesichts der Erfahrungswerte müssten diese frühestens im Jahr 2024 mit der Abrechnung der Kosten rechnen. Eventuell ließe sich die Maßnahme zum Teil noch weiter schieben, so dass auch 2025 in Betracht komme.

Stadtverordneter Benden entgegnete, dass sein Vorredner in vielen Dingen Recht habe. Dem Problem der Anwohnerinnen und Anwohner an „Hinter den Höfen“ sei man offen begegnet. Doch die Meinungen würden hier auseinander gehen und daher plädiere er insgesamt für einen Ausbau in verschiedenen Etappen. Dort wo die Anwohnerinnen und Anwohner den Ausbau stark befürworteten würden, könne mit dem Ausbau begonnen werden. Auf diese Weise ließe sich die Maßnahme zugunsten der Anwohnerschaft insgesamt ein wenig ziehen. Stadtverordneter Weiler stimmte zu, dass sein Wortbeitrag in die gleiche Richtung gehe und im neueren Teil zuerst mit den Baumaßnahmen begonnen werden sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnt die Anregung nach § 24 GO NRW ab. Der Ausbau der Erschließungsanlage „Hinter den Höfen“ wird, wie geplant, im Investitionsprogramm für 2021 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

TOP 4 Zuleitung des Jahresabschlusses 2017 an den Rat und Weiterleitung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: 1249/2018

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass unter diesem Tagesordnungspunkt die Zuleitung des Jahresabschlusses 2017 an den Rat und die Weiterleitung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss behandelt werde und gab das Wort an den Kämmerer der Stadt, Herrn Goertz.

Herr Goertz erläuterte zu Beginn, dass über den Jahresabschluss seitens des Rates zwar kein Beschluss erforderlich sei sondern lediglich die Weiterleitung an den Rechnungsprüfungsausschuss, er dennoch gerne einige Ausführungen zu verschiedenen Punkten des Jahresabschlusses machen würde. Die Abschlüsse der vergangenen Jahre endeten leider in der Regel mit einem Defizit, so dass das Ergebnis aus 2017 mit einem Plus von ca. 100.000 € umso erfreulicher sei. Seit Einführung des NKFs im Jahr 2009 sei so ein Ergebnis nicht mehr erreicht worden; die Entwicklung stelle er gerne kurz dar.

Anhand einer Power Point Präsentation erörterte Herr Goertz weiter, dass die Stadt zwar im Jahr 2014 schon einmal einen ausgeglichenen Haushalt gehabt habe. Dieser sei jedoch auf die Erträge aus der Versicherungsleistung aufgrund des Schwimmbadbrandes zurückzuführen. Zunächst gehe er auf die Ergebnisrechnung ein, die hauptsächlich durch die gestiegenen Steuererträge besser als geplant ausgefallen sei. Geplant seien 27,3 Mio. Euro gewesen. Diese Zahl sei um 2,5 Mio. € übertroffen worden und tatsächlich seien 29,776 Mio. € erzielt worden. Insbesondere die Gewerbesteuerzahlungen seien so hoch wie nie gewesen. Erfreulich sei, dass die Zahlung durch eine allgemein gute Wirtschaftslage für alle Geilenkirchener Unternehmen zustande gekommen sei und nicht durch vereinzelt Betriebe.

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen und hier bei den Zuwendungen für laufende Zwecke vom Land, sei ein Mehrertrag beim Kita Rettungspaket zustande gekommen, der als höherer Zuschuss an die freien Träger weitergeleitet worden sei.

Durch höhere Einnahmen im Bereich der Baugenehmigungsgebühren sei ein Mehrertrag im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von ca. 150.000 € entstanden. Dies sei damit zu begründen, dass der Bauboom im Jahr 2017 zunächst seinen Höhepunkt erreicht habe.

Der Minderertrag im Bereich der Kostenerstattungen bzw. Kostenumlagen durch das Land sei auf geringere Fallzahlen im Bereich Asyl zurückzuführen, konkret auf die Tatsache, dass das Land für geduldete Flüchtlinge lediglich für drei Monate Erstattungen leiste.

Unter den sonstigen internen Erträgen seien Mehrerträge aus Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden oberhalb des Restbuchwerts in Höhe von 334.000 € zustande gekommen.

Im Gegenzug liege die Stadt im Bereich der Personalaufwendungen leicht oberhalb des Ansatzes. Dies sei jedoch nicht auf die laufenden Bezüge für Beamte oder tarifliche Beschäftigte zurückzuführen – hier lägen die Zahlen deutlich unter den veranschlagten Aufwendungen. Die

Mehraufwendungen würden durch erhöhte Zuführungen an die Pensionsrückstellungen begründet. Hier liege man 231.000 € über dem Ansatz.

Im Bereich der Sach- und Dienstleistungen sei es ebenfalls zu Minderaufwendungen gekommen. Des Weiteren würden die Minderaufwendungen im Bereich der Transferaufwendungen und dort im Bereich der Sozialleistungen mit 1,2 Mio. € mit den Erlösen korrelieren.

Im Weiteren habe sich die Kreisumlage positiv entwickelt. Dies sei vor allem auf eine Zahlung des LVR an den Kreis zurückzuführen. Dieser habe die Hälfte der Leistung an die Kommunen weitergeleitet.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Bereich der Mieten und Pachten seien Einsparungen in Höhe von 83.000 € erzielt worden.

Des Weiteren habe es bei den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen Einsparungen in Höhe von 90.000 € gegeben.

Auf Grundlage der Finanzrechnung stellte Herr Goertz weiter dar, dass aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Überschuss erzielt werden konnte, so dass aufgrund des positiven Saldos die Aufnahme neuer Kredite nicht erforderlich geworden sei und die Stadt sich weiter entschulden konnte.

Herr Goertz wies ferner darauf hin, dass dieses positive Ergebnis eine Momentaufnahme sei und der Sparwille weiter im Vordergrund stehen sollte. Anhand der Folie zu den Gewerbesteuererträgen und Schlüsselzuweisungen machte er deutlich, dass das momentan positive Ergebnis fast ausschließlich auf die Entwicklung der Steuererträge zurückzuführen sei und dies bei veränderten Rahmenbedingungen wieder eine andere Entwicklung nehmen könne. Es sei anhand der beiden Zahlen deutlich zu erkennen, dass der ausgeglichene Haushalt hier begründet sei.

Letztlich stellte Herr Goertz noch die Verschuldung der Stadt anhand der Kreditverbindlichkeiten dar. Im Jahr 2014 sei die eben bereits erwähnte Versicherungsleistung dazu genutzt worden, einige Kassenkredite vollständig zu tilgen. Aufgrund der guten Barkassenlage habe der Hallenbadneubau zu keiner hohen Neuverschuldung geführt, so dass die Verschuldung der Stadt seit 2014 kontinuierlich niedrig sei und eine abfallende Tendenz habe.

Da es keine Rückfragen gab, rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Rat leitet den Entwurf des Jahresabschlusses 2017 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

TOP 5 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW Vorlage: 1303/2018

Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass seine Fraktion entsprechend ihrer Haltung in der Ausschusssitzung gegen diesen Beschlussvorschlag stimmen werde. Hier werde eine außerplanmäßige Aufwendung für Ingenieurleistungen zur Erstellung eines Wirtschaftswegekzeptes vorgeschlagen, das die Fraktion ablehne. In regelmäßigen Abständen tage die Wegebaukommission der Stadt, die die Wege begehe. Darüber hinaus hätten die Ortsvorsteher und Ratsmitglieder die Wege in und um Geilenkirchen im Blick. Vor diesem Hintergrund sei seine Fraktion nicht bereit, so viel Geld für ein Wirtschaftswegekzept in die Hand zu nehmen.

Stadtverordneter Benden machte sein Unverständnis über diese Haltung deutlich und meinte, dass die Stadt dieses Konzept dringend benötige. Die Begehungen durch die Kommission und auch die Meldungen von Ortsvorstehern etc. seien punktuell. Ein grundlegendes Konzept sei notwendig, um den Freizeitwert auf Geilenkirchens Wegen und Straßen zu erhalten bzw. zu verbessern. Schon alleine durch die Nutzung der Wege durch landwirtschaftliche Maschinen, die zunehmend schwerer würden, seien viele Wege abgefahren und regelrecht umgepflügt. Ein Konzept sei wichtig für die Stadt und sich hier lediglich auf die Wegebaukommission oder einige wenige Ortsvorsteher zu verlassen, sei nicht ausreichend.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über den Punkt auf.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den außerplanmäßigen Aufwand bzw. die außerplanmäßige Auszahlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

TOP 6 Bekanntgabe von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: 1304/2018

Beschluss:

Der Rat nimmt die außerplanmäßige Auszahlung zur Kenntnis.

TOP 7 Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Fahrbahn der Erschließungsanlage "Kogenbroich von der Einmündung der L 42 bis zum Ortsausgang Richtung Müllendorf"
Vorlage: 1269/2018

Beschluss:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Fahrbahn der Erschließungsanlage „Ortsdurchfahrt Kogenbroich“ im Stadtteil Kogenbroich werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 2 der Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

TOP 8 Parkzeitregelung im Parkhaus hinter dem Rathaus
Vorlage: 1271/2018

Bürgermeister Schmitz erläuterte einleitend, dass unter TOP 8 die Parkzeitregelung im Parkhaus hinter dem Rathaus behandelt werde. Der Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss werde im Beiblatt der Vorlage erklärt.

Mit Bezug auf das Beiblatt erklärte Stadtverordneter Weiler, dass ihm hier zwei Aspekte fehlen, die im Ausschuss klar benannt worden seien. Zum einen sollte die Einhaltung der Parkzeit im Parkhaus kontrolliert werden. Zum anderen sei aufgrund der versteckten Lage des Parkhauses eine Beschilderung über die Zufahrt auf der Konrad-Adenauer-Straße anzubringen. Er bitte darum, diese beiden Punkte in Zukunft ebenfalls zu berücksichtigen.

Stadtverordneter Klein informierte darüber, dass er bei der Beschlussfassung aufgrund seiner persönlichen Meinung nicht mit seiner Fraktion stimmen werde. Er selbst sei Landesbeamter und nutze öffentliche Verkehrsmittel, um zu seiner Arbeitsstätte zu gelangen. Während seiner gesamten Laufbahn an verschiedenen Dienstorten habe er als Mitarbeiter immer die Verantwortung für seine Ab- und Abreise getragen und auch eventuelle Kosten. Die Regelung für die Geilenkirchener Verwaltung halte er aufgrund seiner eigenen Erfahrungswerte – die im Übrigen für tausende seiner Kolleginnen und Kollegen bei den Landesbehörden ebenfalls gelten – für unverhältnismäßig.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich, dass die Parkzeitregelung auf 1,5 Stunden analog der Regelung für den Stadtkernbereich für das Parkhaus wieder eingeführt werde. Hiervon ausgenommen wird das Kellergeschoss mit 21 Parktaschen, die von der Verwaltung in Abstimmung mit dem Personalrat sowie der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reserviert werden, die ihr Fahrzeug regelmäßig und in gewisser Häufigkeit für dienstliche Zwecke einsetzen bzw. einen sonstigen dringenden Bedarf geltend machen (z.B. Feuerwehrangehörige, häufige Außendienste, Schwerbehinderung). Diese Regelung wird gleichermaßen für die Parkflächen im Umfeld des Rathauses (Bereich zwischen Parkhaus, Rathaus und Musikschule) und der Stadtbücherei angewendet. Die reservierten Flächen werden dem berechtigten Personenkreis während der Dienstzeiten ohne Erhebung einer Miete zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

TOP 9 **73. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen: Fläche im Bereich nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße/L 364 und westlich des Limitenweges: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof - Verabschiedung des Entwurfs der 73. Flächennutzungsplanänderung zur erneuten Offenlage gemäß § 4 a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 1264/2018**

Beschluss:

Die 73. Flächennutzungsplanänderung wird in Form der Ergänzung zur erneuten Offenlage und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 a Abs. 3 BauGB beschlossen und die Frist in den Beteiligungsverfahren auf drei Wochen verkürzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- TOP 10** **Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bürgerliste Geilenkirchen und Für Geilenkirchen zur Erarbeitung eines Konzeptes "naturnahe und nachhaltige Stadtentwicklung als Erfolgskonzept", Natur- und Kultur-Erlebnispfad Geilenkirchen
Vorlage: 1290/2018**

Beschluss:

Die Idee zur Errichtung eines Natur- und Kulturerlebnispfades wird grundsätzlich befürwortet. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Projektgruppe bei der weiteren Planung zu unterstützen, soweit es von der Verwaltung leistbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

- TOP 11** **Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 42 der Stadt Geilenkirchen (Gewerbegebiet Fürthenrode) hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenzen und der teilweisen Bebauung einer als Parkplatz festgesetzten Fläche
Vorlage: 1270/2018**

Beschluss:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 42 der Stadt Geilenkirchen (Gewerbegebiet Fürthenrode) hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenzen und der teilweisen Bebauung einer als Parkplatz festgesetzten Fläche wird antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- TOP 12** **Beratung und Verabschiedung einer Stellungnahme zur Änderung des Landesentwicklungsplans
Vorlage: 1261/2018**

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass es hier um die Beratung und Verabschiedung einer Stellungnahme zur Änderung des Landesentwicklungsplanes gehe. In einem Beiblatt zur Vorlage werde auf die Fragen aus der Ausschusssitzung eingegangen. Die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes liege bis heute leider nicht vor.

Stadtverordneter Benden informierte darüber, dass seine Fraktion ihre klare Stellung bereits deutlich gemacht habe und sich einig sei, dass der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes in dieser Sache nicht gefolgt werden könne. Der Landesentwicklungsplan sei in einem Hau- Ruck-Verfahren aufgestellt worden und sehe eine flächenfressende Siedlungsentwicklung vor. Die Stadt solle hier ein klares Zeichen setzen und dies nicht unterstützen. Hier könne keine Grüne Karte gegeben werden.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich, der angekündigten Stellungnahme des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes unter zusätzlicher Berücksichtigung der Lärm-schutzzonen zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

TOP 13 Kanal- und Straßenbaumaßnahmen im westlichen Teil der Fliegerhorstsiedlung, Bericht über die Einwohnerversammlung am 06.06.2018 Vorlage: 1297/2018

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass unter diesem Tagesordnungspunkt der Bericht über die Einwohnerversammlung vom 06.06.2018 und die Verabschiedung des Bauentwurfs im Rahmen der Kanal- und Straßenbaumaßnahmen im westlichen Teil der Fliegerhorstsiedlung in Teveren behandelt werde.

Stadtverordneter Benden erörterte, dass die Politik zu dieser Thematik zu Recht eine Schelte verdient habe und die Verwaltung in diesem Falle tatsächlich die Weisungen des Rates ausgeführt habe und sie daher keine Schuld an der jetzigen Situation treffe. Schon die Beratungsfolge der Vorlage sei seines Erachtens als Omen zu verstehen, so dass die Politik umdenken sollte und der Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner mehr Gehör schenken sollte. In der Niederschrift zur Einwohnerversammlung stehe, dass die Veranstaltung im Ergebnis einvernehmlich verlaufen sei. Nach diversen Gesprächen mit Betroffenen sehe das Bild jedoch anders aus. Gerade eben habe Stadtverordneter Weiler zum Ausbau der Straße „Hinter den Höfen“ etwas Entscheidendes gesagt. Dort sei mit allen Beteiligten gesprochen worden und es werde versucht, durch die etappenweise Umsetzung der Baumaßnahme allen bestmöglich gerecht zu werden. Für den Bereich der Fliegerhorstsiedlung treffe dies seines Erachtens genauso zu; es werde aber nichts Adäquates unternommen. Der Druck sei hier für die Anwohnerinnen und Anwohner genauso groß und ad hoc sollten hier nun keine Maßnahmen durchgeführt werden. Den Leuten sollte auch hier genügend Zeit gegeben werden, genügend Geld anzusparen, um die notwendigen Beiträge aufzubringen. Er könne bspw. gut nachvollziehen, wenn Leute, die gerade ein Haus gekauft hätten, Probleme bei der Aufnahme eines weiteren Kredits hätten. Die Politik sollte hier erneut das Gespräch suchen und die Maßnahme insgesamt strecken. Dies müsse auch im Sinne der Verwaltung sein, die im Bereich der Bauverwaltung ohnehin genügend ausgelastet sei. Es könne nicht sein, dass für die rechte Seite der Siedlung ein Entwurfskonzept vorliege und auf der linken Seite die Leute ins Verderben gestürzt würden. Die Sommerpause stehe an, in der viele Gespräche geführt werden könnten. Die Durchführung der Maßnahme sei auch seiner Fraktion wichtig, doch beim zeitlichen Rahmen müsse ein Spielraum eingeräumt werden.

Stadtverordneter Mesaros meinte, dass er das Gesagte in vollem Umfang unterstützen könne. Sicherlich könne die Maßnahme insgesamt gestreckt werden.

Stadtverordneter Conrads erwiderte, dass die Berücksichtigung des Volkswillens natürlich immer positiv sei und es sicher unproblematisch sei, die Maßnahme zu strecken. Es sollte jedoch beachtet werden, dass auch eine solche Maßnahme dem Inflationsprozess unterliege und mit der Zeit immer teurer werde. Diejenigen, die Probleme bei der Aufbringung der Kosten hätten, würden diese auch weiterhin haben. Noch dazu würden die Beiträge durch teurere Bauleistungen steigen. Ein Antrag auf Stundung der Beiträge bei der Stadt sei im Vergleich dazu die bessere Lösung.

Stadtverordneter Benden widersprach, dass er genau diese Möglichkeit in den Gesprächen mit den Betroffenen angesprochen habe. Die Baubranche boome derzeit; eventuell würden die Preise in zwei bis drei Jahren fallen. Darüber hinaus seien die Stundungsgebühren bei der

Stadt deutlich teurer als die Konditionen bei einer Kreditbank. Es nütze alles nichts und man müsse über eine bürgerfreundlichere Umsetzung nachdenken.

Stadtverordneter Paulus stimmte zu, dass er das Gesagte nur unterstreichen könne. Wenn die Möglichkeit bestehe, sollte die gesamte Maßnahme gestreckt werden.

Stadtverordneter Gerads meinte, dass mit einem geänderten Vorgehen sicherlich kein Präzedenzfall geschaffen werde und für die Anschlüsse tatsächlich sehr hohe Kosten anfallen würden. Dies könne man nicht verantworten und damit könne der Stadt Geilenkirchen nicht gedient sein.

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass die Fraktion der Bürgerliste die Streckung der Maßnahme begrüßen würde. Darüber hinaus sei hier das Besondere, dass die Maßnahme nicht im Investitionsprogramm vorgesehen sei. Wenn im Falle „Hinter den Höfen“ ein Kompromiss aufgrund der Eingaben der Bürgerinnen und Bürger gesucht werde, könne nicht in der Fliegerhorstsiedlung eine Maßnahme ohne Berücksichtigung des Anwohnerwillens ohne Not durchgeführt werden. Die Maßnahme müsse nicht im Jahr 2018 beginnen; dafür spreche sich seine Fraktion aus.

Stadtverordneter Weiler führte mit Blick auf die bisherige Historie zur Fliegerhorstsiedlung aus, dass in den vergangenen drei bis vier Jahren immer wieder auch Einwohnerversammlungen stattgefunden hätten. Mindestens auf den letzten beiden Versammlungen sei betont worden, dass auf der zeitlichen Achse geschoben werden könne. Sicherlich sollte für alle ein ausgewogenes Mittelmaß gefunden werden. Die Verwaltung habe das Schreiben der Anwohnerinnen und Anwohner vom 22.06.2018 freundlicherweise allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt. Insgesamt müsse man sich schon die Frage stellen, in welche Richtung man wolle. In dem Schreiben werde die Parkplatzproblematik aufgegriffen. Doch hier beiße sich die Katze in den Schwanz, wenn auf den Grundstücken Parkplätze oder Carports geschaffen werden sollten und gleichzeitig öffentlicher Parkraum gefordert werde.

Stadtverordneter Grundmann teilte mit, dass seine Fraktion die Idee die Maßnahme zu schieben grundsätzlich begrüße. Er erkundigte sich, ob das möglich sei. Es gehe um die Sanierung von Straßen und Kanälen, die zwar beschlossen sei, die Ausführung aber sicherlich noch zeitlichen Spielraum biete.

Stadtverordneter Jansen erinnerte daran, dass er damals gegen die Satzungsänderung für den Bereich der Fliegerhorstsiedlung gestimmt habe, da diese bspw. den Bau von Carports verbiete. Bevor nun Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger besprochen würden und Möglichkeiten zur Umsetzung geschaffen, sollte zunächst die Satzung angepasst werden. Daher sollte der Tagesordnungspunkt nun zur Kenntnis genommen werden und im nächsten Ausschuss sollte man sich mit dem Thema beschäftigen.

Stadtverordneter Paulus informierte darüber, dass sowohl die Parkplatzsituation als auch die Gesamtsituation während der Einwohnerversammlung sehr konstruktiv und diszipliniert diskutiert worden sei. Es seien insbesondere zur Parkplatzsituation als auch zu Carports individuelle Wünsche gehört und besprochen worden. Die Anregungen und Wünsche würden im späteren Verlauf in die Planungen mit einfließen, so dass für alle eine vernünftige Lösung gefunden werde.

Beigeordneter Mönter wies darauf hin, dass es im Vorfeld der Sitzung das Schreiben der Anwohnerinnen und Anwohner aus der Fliegerhorstsiedlung gegeben habe, das der Rat nach § 24 GO NRW in Verbindung mit § 8 Abs. 6 der Hauptsatzung der Stadt als Anregungen und Beschwerden zur weiteren Beratung an sich gezogen habe und heute darüber diskutiere.

Vorweg schicken wolle er auch die Bemerkung, dass die Maßnahme im Haushalt eingeplant sei und er ein Abweichen von der Planung um mehrere Jahre nicht empfehlen könne. Eventuell könne die Maßnahme in diesem Jahr zur Ausschreibung gebracht werden, so dass im nächsten Jahr mit den Arbeiten begonnen werden könne. Wenn die Ausschreibung erst später erfolge, sei bei den Bauunternehmen die Auftragslage im kommenden Jahr bereits geplant, so dass eventuelle Angebote im Zweifel teurer würden. Aus wirtschaftlicher Sicht sei eine deutliche Verzögerung also nicht empfehlenswert und nicht im Sinne der Beitragszahler. Zur Thematik der Parkplätze führte Herr Mönter aus, dass derzeit die städtebauliche Rahmenplanung stattfinde. Um den Bedarf auf den Grundstücken zu erfüllen, seien Zufahrten im Entwurf vorgesehen. Im Schreiben der Anwohnerinnen und Anwohner werde ebenfalls die Gehwegbreite kritisiert. Diese sei jedoch in ihrer Breite vorgegeben, um einen Begegnungsverkehr auf dem Gehweg zu ermöglichen. Die Anbringung von Verkehrszeichen wie auch die Parkregelung in dem Gebiet sei mit der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen und liege nicht im Ermessen der Stadt. Bzgl. der Hausanschlussleitungen habe die Stadt noch auf der Einwohnerversammlung das Angebot der Beratung gemacht, das nach wie vor gelte. Darüber hinaus sei eine schriftliche Information aller betroffenen Eigentümer, Mieter und Vermieter geplant. Die Idee einer staatlichen Förderung für die Kanalsanierung sei nicht durchsetzbar, da Fördergelder nicht in Aussicht gestellt würden, wenn Maßnahmen durch Beiträge finanzierbar seien; Fördergelder seien immer subsidiär. Die Beitragshöhen seien nach besten Wissen und Gewissen und vor allem aufgrund jahrelanger Erfahrungswerte in der Bauverwaltung kalkuliert. In der Regel bewege sich die Endabrechnung im geschilderten Rahmen. Insgesamt empfehle die Verwaltung sich im geplanten Zeitrahmen zu bewegen, die Ausschreibung in diesem Jahr vorzubereiten und die Maßnahme mit einigen wenigen Monaten Verzögerung im kommenden Jahr beginnen zu lassen. Eine Zurückstellung könne er nicht anraten.

Stadtverordneter Benden wiederholte, dass niemand der Verwaltung eine Schuld am Verlauf der bisherigen Planungen gebe. Das Schreiben der Anwohnerinnen und Anwohner sei bisher nicht diskutiert worden; allen sei bewusst, dass die Schilderungen nicht von technischen Fachleuten vorgenommen worden seien. Umso erstaunter sei er über den Beitrag des Beigeordneten Mönter, der en Detail auf das Schreiben eingehe. Letztlich sei der Brief als Hilferuf zu verstehen; einige stünden durch die anstehenden Baumaßnahmen vor dem Bankrott. Nach der Sommerpause sei noch genügend Zeit über die weiteren Maßnahmen zu reden, doch jetzt müsse auf den Beratungsbedarf der Anwohnerinnen und Anwohner eingegangen werden. Einige Monate Zeitversatz seien dabei nicht zielführend.

Beigeordneter Mönter erwiderte, dass in der Einwohnerversammlung bereits eine Aussage getroffen worden sei, die er gerne wiederhole – Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen seien auf der Veranstaltung eventuell nicht zugegen gewesen. Niemand verliere aufgrund der anstehenden Maßnahmen sein Eigentum, weil Beiträge aufzubringen seien. Die Verwaltung biete bei nachgewiesenen Problemen individuelle Stundungs- und Sonderregelungen an. Auch Bankkreditkonditionen seien denkbar. Vor allem sollte bei Problemen eine individuelle Beratung durch die Kollegen der Verwaltung erfolgen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Niemand werde in den Bankrott geschickt.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kravanja erläuterte Beigeordneter Mönter, dass mit den Schlussrechnungen ab dem Jahr 2021 vermutlich eher in 2022 gerechnet werden könne.

Stadtverordneter Mesaros erklärte, dass seine Meinung in die gleiche Richtung wie die seiner Vorredner gehe und er den Vorschlag nach der Sommerpause erneut zu beraten unterstütze.

Stadtverordneter Weiler erinnerte an die Aussage des Beigeordneten Mönter, dass die Verwaltung bei der Ausführung der Maßnahme insbesondere vor dem Hintergrund der Aus-

schreibung an eine Zeitschiene gebunden sei und die Arbeiten lediglich wenige Monate nach hinten verschoben werden sollten.

Stadtverordnete vom Scheidt warf ein, dass eine Verschiebung ohne konkrete Vorstellung sinnlos sei. Die jetzige Diskussion würde dann nur zu einem späteren Zeitpunkt geführt. Die Ängste und Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner könne sie absolut verstehen, doch es müsse heute ein konkreter Beschluss mit einer klaren Zielvorstellung gefasst werden.

Stadtverordneter Conrads stimmte zu und meinte, dass die Berücksichtigung der Wünsche der Bürgerinnen und Bürger natürlich immer positiv sei. Doch wenn der Rat eine Baumaßnahme um drei bis vier Monate nach hinten verschiebe und eine Fristverlängerung erwirke, habe niemand die Welt gerettet. Im Gegenteil werde die Maßnahme nur teurer.

Stadtverordneter Kleinen stellte den Antrag nach der Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache.

Bürgermeister Schmitz rief daraufhin zur Abstimmung über den Punkt auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Unterrichtung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung entgegen.

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich die Verabschiedung des Kanal- und Straßenbauentwurfs in der vom Umwelt- und Bauausschuss beratenen Fassung vom 24.04.2018. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung der Maßnahmenausführung in 2018 beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	16
Enthaltung:	2

TOP 14 Antrag der Fraktion Bürgerliste "Tripser Wäldchen"

Bürgermeister Schmitz erteilte dem Fraktionsvorsitzenden Kravanja das Wort, um den Antrag vorzustellen.

Stadtverordneter Kravanja stellte dar, dass das Schreiben des Bürgermeisters an die Anwohnerinnen und Anwohner des Tripser Wäldchens Auslöser für den Antrag seiner Fraktion gewesen sei. Durch das Schreiben habe die Verwaltung sich zum Teil die Möglichkeit verschafft, vor Ort erneut tätig zu werden und zwar über die Köpfe des Rates und der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Dies akzeptiere seine Fraktion nicht und durch den Antrag wolle man ein Zeichen setzen und diese Haltung noch einmal unterstreichen.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er bereits Reaktionen auf sein Schreiben in Form von E-Mails aus der Wohnsiedlung erhalten habe. Diese seien kontrovers und würden die heterogene Meinung in dem Gebiet widerspiegeln. In dem Anschreiben seien Gedanken skizziert und mögliche Vorgehensweisen aufgeführt worden – sicherlich seien manche Dinge zu forscher formuliert. Die Bürgerinnen und Bürger am Tripser Wäldchen könnten ihre Meinungen kundtun und der Mehrheitswille entscheide über mögliche Veränderungen, wie in einer Demokratie üblich. Es würden morgen dort keine Bagger anrücken.

Stadtverordneter Kravanja entgegnete, dass man den Bürgermeister beim Wort nehme und an den Teichen nichts ohne Rücksprache mit dem Rat unternommen werde.

Stadtverordneter Mesaros schloss sich dem Stadtverordneten Kravanja an und ergänzte, dass das Anschreiben des Bürgermeisters eine merkwürdige Aktion in einem schwebenden Ermittlungsverfahren sei. Das Schreiben lasse sich schon so lesen, dass eine Rasenfläche entstehen solle. Fraglich sei, ob dies technisch überhaupt aufgrund des bestehenden Bebauungsplans zulässig sei. Darüber hinaus sollte eine Bürgerbefragung im Tripser Wäldchen vorgenommen werden, sobald das schwebende Verfahren beendet sei.

Stadtverordneter Jansen kritisierte, dass die Stadt bewusst auf die Meinungsbildung Einfluss zu nehmen versuche, wenn sie in offiziellen Anschreiben die Teichanlagen als „Abwasseranlagen“ bzw. als „Rigolen“ bezeichne. Im Bebauungsplan sei dieser Teil mit dem Titel „Teiche“ versehen.

Stadtverordneter Grundmann erläuterte, dass seine Fraktion sich an dem Fahrplan orientiere, der im Umwelt- und Bauausschuss aufgestellt worden sei. Es sollte erst die Klärung im schwebenden Verfahren und dann eine Umsetzung der geplanten Maßnahmen – wie der geforderten Bürgerversammlung – erfolgen.

Stadtverordnete Slupik erkundigte sich, um welches Schreiben der Verwaltung es sich handle. Sie habe leider keines erhalten.

Stadtverordneter Benden wies darauf hin, dass aus dem Dezernat des Beigeordneten Mönter das Schreiben als Mailanhang versandt worden sei. Im Verteiler seien lediglich die Mitglieder des Umwelt- und Bauausschusses und dessen sachkundige Bürgerinnen und Bürger gewesen. Die Mail hätten weder alle Fraktionsvorsitzenden noch alle Ratsmitglieder erhalten. Wenn der Bürgermeister jetzt Tatsachen schaffe ohne Einberufung einer Bürgerversammlung, mache er ein neues Fass auf. Bürgernähe finde nicht im Café statt, sondern vor Ort im Tripser Wäldchen und in der Fliegerhorstsiedlung. Eine solche Entscheidung wäre ein Schlag ins Gesicht für die Anwohnerinnen und Anwohner des Tripser Wäldchens. Ein weiterer Kritikpunkt in Bezug auf die Verwaltung sei, dass bisher immer von teichähnlichen Anlagen gesprochen worden sei und die biotopähnliche Anlage gewollt gewesen sei. Die Stadt habe damals teure Grundstücke an die Bewohner mit ebendiesen Argumenten verkauft. Die Vorschläge in dem Schreiben könnten nicht alleine vom Bürgermeister umgesetzt werden. Damit würde er nicht nur den Bürgerwillen sondern auch den Rat umgehen. Der Rat sei in seiner Gesamtheit ja noch nicht einmal über das Schreiben unterrichtet.

Bürgermeister Schmitz antwortete, dass er sich Äußerungen in dieser Form zu seiner Bürgernähe verbitte. Er plane nichts im Alleingang ohne die Bürgerinnen und Bürger. Der Stadtverordnete Benden spiele sich zum „Retter der Teiche“ auf, obwohl keine Gefahr drohe. Die Meinungen gingen in der Angelegenheit gar nicht weit auseinander, doch der Stadtverordnete Benden mache durch seine Äußerungen einen ganz besonderen Eindruck.

Stadtverordneter Gerads zeigte sein Unverständnis über die vorgebrachten Äußerungen. Es seien drei Teichanlagen vorhanden und erst nach einer noch ausstehenden Bürgerbeteiligung über das weitere Vorgehen beschlossen. Darüber hinaus sei vermutlich ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig, so dass erst nach dessen Ausgang über alles Weitere gesprochen werden könne. Dies könne nicht weg diskutiert werden.

Stadtverordneter Schumacher meinte, dass er sprachlos sei über die bisherige Diskussion. Ursprünglich habe sich der Rat darauf geeinigt, dass aufgrund des schwebenden Verfahrens in der Sache gar nichts unternommen werde. Daher finde er das Schreiben seitens der Verwal-

tung sehr befremdlich. Ein neutraler Beobachter des gesamten Geschehens könne die derzeit geführte Diskussion gar nicht verstehen. Er schlage vor abzuwarten, was weiter geschehe. Alles was gerade statfinde, komme einer Vorverurteilung und Beeinflussung gleich, was er aufs Äußerste zurückweise.

Stadtverordneter Graf zitierte aus dem Verteiler der besagten Mail, die im Anhang das Schreiben der Verwaltung an die Bewohnerinnen und Bewohner des Tripser Wäldchens beigefügt hatte und fragte nach, warum der Verteiler so gewählt worden sei.

Stadtverordneter Weiler gab den Werdegang des ursprünglichen Antrags auf eine Bürgerversammlung in der Angelegenheit wieder und meinte, dass nahezu alle Fraktionen die gleiche Haltung eingenommen hätten. Es sei alles dezidiert begründet worden und wegen des schwebenden Verfahrens alles Weitere verschoben worden, so auch eine Einwohnerversammlung. Das Schreiben der Verwaltung sei merkwürdig, wenngleich im UBA ein Informationsschreiben für die Anwohnerinnen und Anwohner gefordert worden sei. Jedoch sollten nur sämtliche Möglichkeiten für mögliche Szenarien aufgezeigt werden und keine Fakten geschaffen werden. Er stimme zu, dass ohne Entscheidung des Rates nichts unternommen werden dürfe.

Beigeordneter Brunen führte auf die Nachfrage des Stadtverordneten Graf aus, dass im Verteiler auch die Gruppe aller Stadtverordneten wie auch der Verwaltungsvorstand aufgeführt seien. Er habe die Mail bspw. auch bekommen. Die anderen Empfänger seien vermutlich auch sachkundige Bürgerinnen und Bürger aus dem Umwelt- und Bauausschuss.

Stadtverordneter Kleinen beschwerte sich über die andauernde desolante Informationspolitik seitens des Bürgermeisters. So könne man nicht arbeiten.

Stadtverordneter Conrads überlegte, dass sich der Rat in dem schwebenden Ermittlungsverfahren bisher vernünftig verhalten habe. Natürlich sollte das weitere Verfahren nicht beeinträchtigt werden, wenngleich auch mit der Arbeit fortgefahren werden sollte. Darüber hinaus seien die Optionen, die für die Teiche bestünden – Steinflächen oder Rasenflächen – in dem Schreiben des Bürgermeisters, beschrieben worden. Es sei um die reine Information der Anwohnerinnen und Anwohner des Bezirks gegangen. Sicherlich sei es wünschenswert, dass Mails der Verwaltung an alle Ratsmitglieder versandt würden und der Informationsfluss gewährleistet werde.

Stadtverordneter Gerads führte aus, dass die Mails der Stadt bei ihm ebenfalls nicht richtig ankämen. E-Mail Anhänge im pdf-Format seien immer „zerstört“. Deswegen habe er bereits Kontakt mit der EDV Abteilung der Stadt aufgenommen. Nach zwei Testmails sei dieser jedoch abgebrochen; seit 14 Tagen habe er von der Abteilung gar nichts mehr gehört. In der Sache könne er sagen, dass ihm die Info über den Brief des Bürgermeisters ebenfalls nicht vorgelegen habe.

Stadtverordnete Brandt erklärte, dass im Bebauungsplan zu dem Gebiet klar von Teichen gesprochen werde. Zudem rege sie an, bei der Staatsanwaltschaft nach dem Stand des Verfahrens nachzufragen.

Stadtverordneter Paulus stellte anhand der Bekanntmachung zum Bebauungsplan vom 16.03.1995 klar, dass ausdrücklich von Abwasseranlagen die Rede sei. Die Teichanlagen seien als Bestandteil der Abwasseranlage zu sehen.

Es folgte eine kontroverse Diskussion über die Bezeichnung und Zuordnung der vorhandenen Anlagen im Bereich des Gebietes „Am Tripser Wäldchen“.

Die Stadtverordneten Münchs und Volles warben dafür, die Diskussion während des schwebenden Verfahrens zu beenden und zunächst keine weiteren Maßnahmen vorzunehmen.

Stadtverordneter Hoffmann schlug vor, dass der Rat Nägel mit Köpfen machen sollte und die Stadt beauftragen sollte, das Aktenzeichen eines möglichen Vorgangs bei der Staatsanwaltschaft zu erfragen.

TOP 15 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, ob die Stadt Geilenkirchen Fördergelder aus dem Programm „Soziale Integration im Quartier NRW 2018“ beantragt habe.
Beigeordneter Brunen erklärte, dass er das recherchieren werde.
- b) Stadtverordneter Jansen erkundigte sich, ob bei der Stadt bekannt sei, dass auf einem der Spielplätze im Stadtgebiet anstatt Spielsand Maurersand im Sandkasten vorhanden sei. Außerdem teilte er mit, dass der Bund neue Fördergelder zum Ausbau des Glasfasernetzes zur Verfügung stelle.
Bürgermeister Schmitz antwortete, dass die Meldung über den Maurersand neu sei und die Verwaltung dieser nachgehen werde. Den Hinweis zu den Fördergeldern nahm er entgegen.
- c) Stadtverordneter Speuser fragte nach, warum erneut die Öffnungszeiten des Hallenbades reduziert worden seien.
Beigeordneter Brunen teilte mit, dass es punktuell zu einem Personalengpass gekommen sei. Es seien Faktoren wie Krankheiten und Urlaub zusammengetroffen. Da nicht alle Schichten besetzt werden konnten, habe das Bad aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen zum Teil geschlossen werden müssen. Dies sei jedoch kein Dauerzustand.

TOP 16 Fragestunde für Einwohner

- a) Herr Nickels meinte, dass er eine Verständnisfrage zu TOP 12 habe. Er fragte nach, ob es richtig sei, dass der Rat über den Punkt einen Beschluss gefasst habe, obwohl die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes nicht vorliege und niemand die tatsächliche Entwicklung kenne.
Beigeordneter Mönter erklärte den übrigen Zuschauerinnen und Zuschauern in Kürze die Funktion des Städte- und Gemeindebundes. Auf die Frage antwortete er, dass der Entwurf der Stellungnahme allen Ratsmitgliedern bekannt sei, lediglich die Endfassung noch nicht übersandt worden sei. In Kenntnis der Entwurfsfassung sei nun die Beschlussfassung erfolgt. Da es sich beim Städte- und Gemeindebund um einen Gemeindeverband handle, sei davon auszugehen, dass dieser vor allem im Sinne der Städte und Kommunen vorgehe.
- b) Herr Nickels fragte weiter, ob die Schadensumme bekannt sei, die durch den Baggeraushub am Tripsen Wäldchen entstanden sei und ob der Schaden durch eine Versicherung der Stadt gedeckt werde.
Bürgermeister Schmitz erklärte, dass Herr Nickels eine schriftliche Antwort erhalten werde.

- c) Ein Bürger erkundigte sich, warum über den Punkt 3 nochmal habe abgestimmt werden müssen. Im Haupt- und Finanzausschuss sei die Anregung bereits abgelehnt worden. In der heutigen Sitzung habe man nun dem Beschlussvorschlag zugestimmt. Beigeordneter Brunen antwortete, dass der Haupt- und Finanzausschuss über Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW zunächst berät und diese dann an die zuständige Stelle weiterleite. Der Rat sei als zuständiges Gremium zu einem Beschluss berechtigt.
- d) Herr Andreas Lenz fragte nach, wie die Meinung entstanden sei, dass auf der Einwohnerversammlung Einvernehmen über die vorgetragenen Planungen geherrscht habe. Nur weil die Anwesenden sich zivilisiert verhalten hätten, könne noch nicht von einer Zustimmung ausgegangen werden. Bürgermeister Schmitz meinte, dass es auf der Veranstaltung in der Tat sehr gesittet zugegangen sei. Sie habe dazu gedient, weiterhin gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Herr Lenz erklärte, dass die Realität anders aussehe und die Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner nicht vorhanden sei. Wenn die Entscheidung des Rates bereits feststehe, sei fraglich, warum erneut darüber in einer Einwohnerversammlung diskutiert werde.
- e) Ein weiterer Anwohner aus der Fliegerhorstsiedlung fragte nach, ob es auch Alternativvorschläge zu den vorhandenen Planungen gebe. Bürgermeister Schmitz führte aus, dass verschiedene Varianten vorgesehen seien.
- f) Herr Ott aus dem Viertel „Am Tripser Wäldchen“ meldete sich zu Wort und erklärte, dass die Stadt in ihrem Schreiben viele Informationen bereitgestellt habe. Beim Kauf seines Grundstückes habe er vor einigen Jahren andere Informationen erhalten, mit denen die Stadt unter anderem für den Kauf der Grundstücke im Tripser Wäldchen geworben habe. So sei die Fläche dort damals vielfach als „mit Teichanlagen versehen“ bezeichnet worden. Sogar im Notarvertrag sei ein Hinweis auf die Teichanlagen vorhanden. Er fragte nach, warum die Stadt sich nun nicht mehr daran erinnere, dass die Fläche damals so benannt worden sei. Zudem sei für ihn fraglich, was sich wasser-technisch so verändert habe, dass heute eine andere Bezeichnung gesucht werde. Darüber hinaus erkundigte er sich, was mit den damaligen erhöhten Erschließungsbeiträgen gemacht werde bzw. wozu die anfallenden Abwassergebühren der Anwohnerinnen und Anwohner erhoben würden. Offenbar werde das Geld nicht zur Finanzierung bzw. Unterhaltung der Anlage verwendet, da diese vollkommen ungepflegt sei. Beigeordneter Mönter erläuterte, dass die Teichanlage am Tripser Wäldchen als Bestandteil der kompletten Abwasseranlage zu sehen sei und nicht als eigenständige Teichanlage. Der Wasserkreislauf sehe vor, dass bei einem Regenereignis das Wasser in den Teich geleitet werde, der als Versickerungsanlage fungiere. Dort verbleibe das Wasser so lange, bis Neues komme. Eine Veränderung der Fläche sei grundsätzlich möglich, ohne die Funktionalität zu beeinträchtigen. Die Gebühren für Niederschlagswasser bzw. für den Frischwasserverbrauch würden in den Gesamthaushalt zur Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes fließen und seien nicht individuell an bestimmte Bereiche gebunden. Pflegerische Maßnahmen zur Unterhaltung des Geländes würden betrieben. Auf eine weitere Nachfrage erklärte Herr Mönter, dass die Herstellung der Abwasseranlage im Bereich Tripser Wäldchen nicht in die Berechnung der Erschließungskosten mit eingeflossen sei. Diese sei wie eben bereits ausgeführt Teil des städtischen Abwassernetzes und werde auch komplett als solches über Gebühren finanziert.

- g) Ein weiterer Einwohner der Fliegerhorstsiedlung zeigte sich verwundert über die Diskussion zum Tripser Wäldchen im Vergleich zur Vorgehensweise für die Fliegerhorstsiedlung. Dort habe am 06.06. die Einwohnerversammlung stattgefunden und die Unzufriedenheit der Anwohnerinnen und Anwohner werde immer deutlicher. Trotzdem gebe es keine Alternativvorschläge. Viele würden durch die Baumaßnahmen in den finanziellen Ruin getrieben.
Beigeordneter Mönter antwortete, dass die im Umwelt- und Bauausschuss verabschiedete Entwurfsplanung für den Umbau durch den Rat nun beschlossen werden solle. Die Einwohnerversammlung habe dazu gedient, zu informieren und Anregungen seitens der Einwohnerschaft entgegen zu nehmen. Die Versammlung könne nicht dazu genutzt werden, Änderungen an der bestehenden Planung durchzuführen. Für Anregungen und Bedenken könnten Lösungsvorschläge entwickelt werden. Alles andere sei jedoch nicht möglich.
- h) Herr Isbert fragte nach, warum die Gehwege in der Fliegerhorstsiedlung in einer Breite von 2 m geplant würden. Dies sei in der Siedlung gar nicht notwendig.
Beigeordneter Mönter erläuterte, dass für die Straßenplanung in innerörtlichen Bereichen klare Regelungen für Gehwegbreiten vorhanden seien. Tatsächlich würde die Vorgabe von 2,50 m bei der Planung in der Fliegerhorstsiedlung unterschritten. Die eingepflanzten zwei Meter seien aber notwendig, um einen Sicherheitsabstand bei Gegenverkehr – insbesondere zur Fahrbahn hin – zu gewährleisten. Die Planung sei zukunftsgerichtet und zeitgemäß. Eine noch größere Abweichung von den vorgegebenen Breiten sei nicht vertretbar.
Der Einwohner erwiderte, dass die Straße an manchen Stellen mit einer Breite von 12 Metern geplant sei. Damit würden höchstens Vorbereitungen für den Quartiersplatz getroffen.
Beigeordneter Mönter erklärte, dass noch keine Planung für den ruhenden Verkehr erstellt worden sei. Es sei durchaus das Ziel, Stellplätze im öffentlichen Parkraum zu schaffen; nichtsdestotrotz müssten ebenso Wünsche mit Stellplätzen auf dem eigenen Grundstück berücksichtigt werden.
- i) Herr Lehnen aus der Fliegerhorstsiedlung fragte nach, wann die Anwohnerinnen und Anwohner darüber informiert würden, wie hoch die zusätzlichen Kosten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung seien. Dies sei bisher nicht geschehen.
Herr Mönter entgegnete, dass keine Abweichungen in der Höhe des Beitrages zu erwarten seien. Dies hätten zumindest die bisherigen Berechnungen ergeben.
- j) Eine Anwohnerin aus der Fliegerhorstsiedlung schilderte, dass die Herstellung des Hausanschlusses sowie einer Stellfläche für einen Pkw auf ihrem eigenen Grundstück ca. 15.000 € kosten werde. Sie sei jedoch ausfinanziert, so dass sie sich frage, wie sie die anstehenden Arbeiten für den Hausanschluss finanzieren solle.
Beigeordneter Mönter meinte, dass während der heutigen Sitzung natürlich nicht jede Einzelfrage geklärt werden könne. Die Verwaltung habe jedoch schon auf der Einwohnerversammlung Beratungsgespräche angeboten und dieses Angebot bestehe weiterhin. Niemand werde sein Haus verlieren, weil Baumaßnahmen an der Straße durchgeführt werden müssten. Mit der Kostenschätzung von 13 – 15 € habe jeder eine realistische Einschätzung, die als Grundlage für Gespräche bei Banken genutzt werden könne.

- k) Eine Einwohnerin aus der Fliegerhorstsiedlung erkundigte sich, warum Beigeordneter Mönter sie auf der Einwohnerversammlung gefragt habe, ob sie ihr Haus vielleicht verkaufen wolle.
Beigeordneter Mönter erklärte, dass er sich an diese Frage leider nicht erinnern könne. Er erinnerte daran, dass er in seiner Funktion als Mitarbeiter der Verwaltung die bestmögliche Durchführung des Auftrags zur Sanierung der Straßen und Kanäle in der Fliegerhorstsiedlung gewährleisten wolle. Zu dieser Arbeit sei er verpflichtet und die Maßnahmen seien nicht persönlich gemeint.
- l) Ein Anwohner der Fliegerhorstsiedlung fragte nach, ob die Stadt billigend in Kauf nehme, dass manche Personen in der Fliegerhorstsiedlung ihre Häuser verkaufen müssten und ob die Kanäle auf ihren Zustand hin überhaupt überprüft worden seien.
Beigeordneter Mönter teilte mit, dass die Kanalisation im öffentlichen Bereich erneuert werden müsse und in Konsequenz auch die Hausanschlüsse neu verlegt werden müssten. Ziel sei, dass die Siedlung langfristig gesund bewohnt werden könne und der Grundgedanke die ordnungsgemäße Ableitung von Gewässern sei.
- m) Herr Oster fragte nach, warum an Neubauten von Einfamilienhäusern im restlichen Stadtgebiet Stellplätze vor dem Haus nachgewiesen werden müssten und dies in der Fliegerhorstsiedlung nicht der Fall sei.
Herr Mönter antwortete, dass für die Fliegerhorstsiedlung eine eigene Satzung bestehe, die unter anderem diese Frage regle. Bei Neubauten von Einfamilienhäusern, sei in der Regel tatsächlich die Anzahl der vorhandenen Stellplätze nachzuweisen.

Sitzung endet um: 20:50

Vorsitzender

Schriftführerin:

Bürgermeister Georg Schmitz

Tina Beckers-Offermanns